

Für eine menschenfreundliche Energiepolitik

Dr. med. Monika Brodmann, Praesidentin PSR IPPNW, Schweiz

Im Jahr 2000 läuft das Moratorium für den Bau neuer AKW aus. Vor den Abstimmungen über die Ausstiegs- und die Moratoriums-Initiative im Jahre 1990 liess der Bundesrat verlauten, falls das Volk dem Moratorium zustimme, bedeute dies den Ausstieg aus der Atomenergie. Stattdessen setzt der Bundesrat heute auf Leistungserhöhung: Die Betreiber des AKW Mühleberg dürfen mehr aus ihrem Reaktor herausholen – Leibstadt soll die Bewilligung dazu noch dieses Jahr erhalten. Realisiert der Bundesrat seine Leistungserhöhungs-Pläne in allen AKW, ergibt dies eine zusätzliche Leistung, die in etwa einem neuen AKW in der Grössenordnung von Beznau oder Mühleberg entspricht. Derweil eine Leistungserhöhung bekanntermassen das Risiko überproportional steigert und zudem gegen den Geist der von uns gewonnenen Moratoriumsabstimmung verstösst. Hat das Schweizervolk – vier Jahre nach Tschernobyl – diese Initiative nicht hauptsächlich aus Risikoüberlegungen angenommen?

Nun werden noch im April zwei neue Anti-Atominitiativen lanciert. Das mag auf den ersten Blick unnötig erscheinen. Angesichts der gestrandeten Investitionen (zum Beispiel in Leibstadt) denkt wohl niemand ernsthaft, dass im nächsten Jahrhundert in der Schweiz noch ein weiteres Atomkraftwerk gebaut wird. Es geht aber nicht allein darum, neue AKW zu verhindern. Die Vorzeichen sind heute anders als 1990: Wir brauchen für das nächste Jahrtausend dringend einen Innovationsschub. Der kann ausschliesslich darin bestehen, mit den vorhandenen Ressourcen sorgfältig umzugehen, technologische Innovationen im Bereiche erneuerbarer Energien zu fördern und einen sorgsameren Umgang mit unserem Biotop Erde zu pflegen.

Neben den positiven Aspekten der neuen Energie-Initiativen «Moratorium Plus» und «Strom ohne Atom» (Initiativtext) bleibt aber das Thema Risiko nach wie vor aktuell:

- Ein grosser Kernschmelzunfall würde die Schweiz als gesellschaftliches und staatliches Gebilde zerstören, wie Hans-Peter Meier-Dallach und Rolf Nef in ihrer Studie «Grosskatastrophe im Kleinstaat» (edition cultur prospectiv, Zürich 1990) dargestellt haben.
- Die Risiken kleiner Strahlendosen sind ungenügend erforscht: Die Forschungsergebnisse, die WissenschaftlerInnen über die genetischen Folgen des GAU von Tschernobyl präsentieren, sind weit erschreckender als erwartet (vgl. «Tschernobyl wütet im Erbgut»). Und der Wissensstand über das Ausmass der somatischen und genetischen Schäden, die ein AKW im Normalbetrieb oder ein Endlager verursachen, ist noch höchst bescheiden (vgl. «Krümmel und die Leukämie» sowie «Statistische Mogeleyen»).
- Das einzig Sichere: Die internationalen Strahlenschutz-Experten mussten in den vergangenen zwanzig Jahren ihre Risikoabschätzungen massiv nach oben revidieren (vgl. «Einkalkulierte Menschenopfer», S. 8). Die Experten und Gruppen, die der Atomindustrie nahestehen, schätzen heute das Krebsrisiko um einen Faktor 10 höher ein als noch 1977.

Die Arbeitsgruppe Strahlenschutz der PSR/IPPNW Schweiz hat es sich deswegen zur Aufgabe gemacht, einige der wichtigsten Aspekte des Strahlenrisikos für die Lancierung des Abstimmungskampfes darzustellen.

Diese Sondernummer «Atomstrom und Strahlenschutz» beansprucht nicht, das Thema erschöpfend zu behandeln. Weitere Hefte zu dieser Thematik sollen folgen, um die beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» von der Lancierung bis zur Abstimmung kontinuierlich zu begleiten. Diese Broschüre soll den StimmbürgerInnen helfen, das Strahlenrisiko einzuschätzen; nur so werden sie auch in der Lage sein, die gegenwärtige Energiepolitik beurteilen zu können. Und wir brauchen dringend eine Energiewende – einen zukunftsfähigen, menschenfreundlichen Umgang mit unseren Ressourcen.